

Jens Drolshammer

Internationalisierung der schweizerischen Rechtskultur nach 1945

**Gespräche mit Zeitzeugen –
ein phänomenologisches Erkundungsbuch**



3. Zeittabelle aus verfassungsgeschichtlicher Perspektive (ANDREAS KLEY)

ANDREAS KLEY

Dr. rer. publ., Professor an der Universität Zürich

Verfassungsgeschichte der Neuzeit

Grossbritannien, die USA, Frankreich, Deutschland und die Schweiz, 3. Auflage,

Bern 2013

Schweiz	
	14./15.12: Urteil des Bundesgerichts, in dem es das Vollmachtenregime billigt und die Bundesratsverordnung (i.c. Verordnung betr. Beschimpfung) für nicht überprüfbar hält
1918	11.-14.11.: Landesstreik
	Grippeepidemien, wirtschaftliche Not; Erstarkung der linken Kräfte durch Einführung des Proporzwahlrechtes in den Nationalrat
1920	Schweiz wird Mitglied des Völkerbundes, Staatsvertrag mit Liechtenstein
1929	12.12.: Mit RUDOLF MINGER wird erster BGB-Bundesrat gewählt
1933	Frontenfrühling: rechtsextreme Parteien spüren Aufwind, Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen zwischen Links und Rechts
1935	2.6.: Die von den Fronten am 18.3.1934 lancierte Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung wird wuchtig verworfen. Die faschistischen Kräfte sind damit politisch erledigt.
1936	4.2.: Ermordung des Landesleiters des NSDAP der Schweiz, WILHELM GUSTLOFF
	18.2.: Verbot der NSDAP in der Schweiz
	23.9.: extrakonstitutionelle Vollmachten betreffend wirtschaftliche Notmassnahmen
1937	19.7.: Friedensabkommen in der Metall- und Uhrenindustrie
1938	4.7.: Schweizerisches Strafgesetzbuch wird in der Volksabstimmung angenommen
1939	6.5.-29.10.: Landesausstellung in Zürich
	29.8.: Neutralitätserklärung; Wahl von HENRI GUISAN zum General; extrakonstitutionelle Vollmachten für den Bundesrat
	1.9.: Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Mobilmachung
1940	28.5.: Einführung der Todesstrafe für Landesverrat durch Bundesverordnung
	25.7.: Offiziersrapport auf dem Rütli

1941	1.8.: Feierlichkeiten zu 650 Jahren schweizerische Eidgenossenschaft in Schwyz und auf dem Rütli
	12.6.: Nationalrat beschliesst Kassation der vier kommunistischen Nationalratssitze
	21.6.: Das Dritte Reich greift die Sowjetunion an
	7.12.: Japan greift die USA an
	Der Krieg entfernt sich von der Landesgrenze und die Innenpolitik wird wieder stärker wahrgenommen
1942	1.1.: Strafgesetzbuch tritt in Kraft
	4.8.: Verschärfung der Flüchtlingspolitik
	17.12.: Erklärung der «Vereinigten Nationen» betreffend die Ausrottung des jüdischen Volkes durch Deutschland, abgedruckt in Schweizer Zeitungen
1943	13.12.: Wahl von ERNST NOBS als erstem Sozialdemokraten in den Bundesrat
1945	8.3.: Currie-Abkommen
	8.5.: Kriegsende in Europa
	20.7.: Rücktritt des Generals und Ende des Aktivdienstzustandes
1946	April: letzte Völkerbundessession
	21.5.: Washingtoner Abkommen
	Dezember: Beginn der sechs Grossprozesse wegen landesverräterischer Umtriebe (bis 1948)
1947	Einfügung der «Wirtschaftsartikel» in Bundesverfassung, Annahme des Bundesgesetzes über die AHV
1948	18.-29.6.: Feierlichkeiten im Rahmen des Eidgenössischen Sängertages in Bern: 100 Jahre Bundesrat
1951	Januar/Februar: Schwere Schneefälle mit Lawinen, insgesamt über 100 Tote
	7.-9.8.: Überschwemmung in der Südschweiz
1952	31.12.: Vollmachtenregime läuft aus
1956	Ab Oktober: Ungarnaufstand führt zu grosser Solidarisierung, antikommunistische Hetzjagd, Aufnahme von Flüchtlingen, Suez-Krise mit der Folge eines allgemeinen Sonntagsfahrverbots
1959	26.6.: Urteil des Bundesgerichts, wonach das kantonale Frauenstimmrecht nicht auf dem Wege der Verfassungsneuinterpretation eingeführt werden kann; für den Bund schliesst sich der Bundesrat an
	13.12 in einem Beschwerdeentscheid dieser Auffassung an

1959	1.2.: Ablehnung einer Frauenstimmrechtsvorlage im Bund, aber Annahme in Neuenburg, später auch in der Waadt und in Genf (1960)
	17.12.: «Zauberformel» bei der Zusammensetzung des Bundesrates nach dem Rücktritt von 4 Bundesräten (bis 2003)
1960	4.1.: Schweiz Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation
1961	11.5.: Bundesgericht anerkennt Eigentumsgarantie als erstes ungeschriebenes Grundrecht der BV 1874; weitere Grundrechte folgen
1963	Mai: Schweiz wird Mitglied des Europarates
1964	25.3.: Urteil «Castella» des Bundesgerichts (BGE 90 1 29), wonach die Zulässigkeitsvoraussetzung der Enteignung (gesetzliche Grundlage, öffentliches Interesse, Verhältnismässigkeit) nun für alle Beschränkungen der Freiheitsrechte gelten
	30.4.-25.10.: Landesausstellung in Lausanne
	Mirage-Affäre, Motionen DÜRRENMATT und OBRECHT zur Totalrevision der Bundesverfassung
1968	Niederschlagung des Prager Frühlings führt zur grosser Solidarisierung, Aufnahme von Flüchtlingen
1972	22.7.: Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EWG. Dieses wird am 3.12. Von Volk und Ständen angenommen
	19.12.: fünf dringliche Bundesbeschlüsse zur Dämpfung der Hochkonjunktur
1973	Ölembargo mit der Folge eines Sonntagsfahrverbots am 25.11., 2.12. und 9.12.; Hochkonjunktur bricht ab
1974	Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention
1977	23.2.: Entwurf der Expertenkommission zur Vorbereitung der Totalrevision der Bundesverfassung
	25.5.: Urteil «Wäffler» des Bundesgerichts (BGE 103 1a 369), welches die Geltung des Gesetzmässigkeitsprinzips auch für die Leistungsverwaltung verlangt
1978	24.9.: Gründung des Kantons Jura
1980	30.5.: Opernhauskrawall in Zürich, Beginn der Jugendunruhen in Zürich und anderen Städten
1986	16.3.: Volk und Kantone lehnen Beitritt der Schweiz zur UNO ab
1988	29.4.: Urteil Belilos des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte gegen die Schweiz: auslegende Erklärung zur EMRK ist ungültig. Alle Staatsakte im Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK bedürfen einer nachträglichen Gerichtskontrolle; dies löst umfangreiche Gesetzgebungsarbeiten aus
1989	12.1.: Rücktritt von Bundesrätin KOPP ; in der Folge Fichenaffäre
1991	700-Jahrfeier der schweizerischen Eidgenossenschaft
1992	6.12.: Ablehnung des EWR-Beitritts durch Volk und Stände

1997	Entwurf für eine totalrevidierte Bundesverfassung
1998	Jubiläumsfeierlichkeiten für 150 Jahre Bundesstaat (und begrenzt: 200 Jahre Helvetik)
1999	18.4.: Annahme der totalrevidierten Bundesverfassung durch Volk und Kantone
	21.6.: Unterzeichnung der «Bilateralen Abkommen 1» zwischen der Schweiz und der EU; Annahme der Volksabstimmung vom 21.5.2000; Inkrafttreten am 1.6.2002
2000	12.3.: Paketrevision Justizreform wird angenommen; Inkrafttreten am 1.1.2007
2002	15.5.-31.10.: Landesausstellung in Murten, Yverdon, Neuenburg und Biel
	3.3.: Zustimmung von Volk und Ständen zum UNO-Beitritt, der am 10.9. Vollzogen wird
2003	9.2.: Paketrevision «Volksrechtereform» wird angenommen; wegen Undurchführbarkeit der allgemeinen Volksinitiative werden die diesbezüglichen Bestimmungen 2009 wieder gestrichen; Inkrafttreten der anderen Bestimmungen am 1.8.2003
2004	26.10.: Unterzeichnung der «Bilateralen Abkommen II» zwischen der Schweiz und der EU und Gutheissung des Abkommens Schengen/Dublin in der Volksabstimmung vom 5.6.2005.
	28.11.: Paketreform «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» wird angenommen; Inkrafttreten 1.1.2008
2006	21.5.: Paketreform «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung» wird angenommen.
2009	8.2.: Bundesbeschluss über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien werden angenommen.
	29.9.: Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten wird angenommen
USA	
1918	8.1.: Verkündung der 14 Punkte
	3./4.10.: Waffenstillstandsangebot der deutschen Regierung an Wilson
	11.11.: Waffenstillstand mit Deutschland
1919	28.4.: Annahme der Satzung des Völkerbundes durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz
1919-29	Periode des «Big Business»
1920	Frauenstimmrecht
1920-33	Alkoholprohibition
1929	25.10.: Börsen-Crash (Schwarzer Freitag)
1929-33	Wirtschaftliche Depression

1933-37	New-Deal-Ära
1941	7.12.: Angriff Japans auf Pearl Harbor; in der Folge Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg
1945	1.-8.5 Kapitulation Deutschlands
	6./9.8.: Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki
	2.9.: Kapitulation Japans
1949	Gründung der NATO
1950-53	Koreakrieg
1957	Civil Bill of Rights (Wahlrecht der Schwarzen)
1963	22.11.: Attentat auf Präsident Kennedy
1964	Bürgerrechtsgesetz
1964-73	Vietnam-Krieg unter US-Beteiligung
1969	Erste zwei Mondlandungen
1973-74	Watergate-Skandal
1989-90	Ende des Kalten Krieges
1990-91	Erster Irak-Krieg nach dem Einmarsch Iraks in Kuwait
2001	11.9.: Anschläge auf New York und das Pentagon
	7.10.: Beginn des Afghanistan-Kriegs
2003	19.3.: Beginn des Irak-Kriegs
Grossbritannien	
1689	Bill of Rights
1694	Triennial Act beschränkt die Legislaturperiode auf drei Jahre
1701	Settlement Act: Regelung der Thronfolge, die an das Haus Hannover geht
1707	Union mit Schottland, Grossbritannien entsteht
1716	Septennial Act legt die Siebenjährige Legislaturperiode fest
1795	Gesetz über politische Vereinigungen
1799-00	Combination Acts gegen gewerkschaftliche Zusammenschlüsse
1800	Irische Unionsakte
1802	Beginn der Fabrikgesetzgebung
1807	Abschaffung des Sklavenhandels
1824	Aufhebung des Gewerkschaftsverbots
1829	Katholische Emanzipationsakte die den Katholiken die Gleichstellung bringt
1832	Wahlrechtsreform
1833	Abschaffung der Sklaverei
1835	Reform der Gemeindeverfassungen
1867	Wahlrechtsreform

1872	Gesetz über geheime Wahlen (Ballot Act)
1883	Gesetz gegen Wahlmanipulationen
1884-85	Wahlrechtsreform und Neueinteilung der Wahlkreise
1909-11	Verfassungskonflikt um die Rechtsstellung des Oberhauses; Parliament Act beschränkt das Vetorecht des Oberhauses auf ein Suspensivveto von zwei Jahren
1918	Wahlrechtsreform
1920-22	Abtretung Nordirlands und Schaffung des Irischen Freistaats
1928	Wahlrechtsreform mit der Einführung eines allgemeinen Frauenwahlrechts
1949	Das Vetorecht des Oberhauses wird auf ein Jahr verkürzt
1958	Life Peerages Act: Es wird neu die Möglichkeit geschaffen, Persönlichkeiten auf Lebenszeit zu Lords zu ernennen
1975	Volksentscheid über Grossbritanniens Beitritt zur EG
1998	Europäische Menschenrechtskonvention wird zu direkt geltendem innerstaatlichem Recht erklärt; Regionalautonomie für Nordirland, Schottland und Wales mit Regionalparlamenten und Regionalregierungen
1999	Oberhausreform: erster Teil: Die erblichen Lords verlieren mit Ausnahme einer Anzahl gewählter Lords ihr Stimmrecht im Oberhaus; die Art der Neubestellung der Lords sollte in einem zweiten Teil der Oberhausreform festgelegt werden
2003	Die Oberhausreform, zweiter Teil, scheitert im Unterhaus.
2005	Constitutional Reform Act 2005: Neuverteilung von Aufgaben der obersten Gerichtsbarkeit, vor allem durch Schaffung eines Supreme Court of the United Kingdom
2012	Die Oberhausreform zweiter Teil, scheitert an der Uneinigkeit der Koalitionspartner. Damit bleibt es bei der Ernennung neuer Lords durch die Königin auf Antrag des Premiers sowie auf die Ergänzung der Erblords aus deren Kreis
Frankreich	
1802	Im August wird die Verfassung des Jahres X der Republik erlassen; am 4.8. Wird NAPOLEON Konsul auf Lebenszeit
1804	21.3.: Veröffentlichung des Code Civil (Code Napoléon)
	2.12.: Krönung NAPOLEONS zum Kaiser der Franzosen (1804-1814 erstes Kaiserreich)
1814	Charte constitutionnelle vom 4.6.
	1815-48 Restauration der konstitutionellen Monarchie (LUDWIG XVIII, KARL X.). Revolution von 1830: Charte constitutionnelle vom 14.8.1830, Regierung von LUDWIG PHILIPP
1848-51	Revolution. Zweite Republik. Verfassung vom 4.11.1848. Erste Gesetze über die Arbeit, die Presse und das Bildungswesen. Staatsstreich von LOUIS-NAPOLEON BONAPARTE , dem Neffen von NAPOLEON I.

1852-70	Zweites Kaiserreich. Politische Liberalisierung (1860), Phase starken Wachstums und kolonialer Ausdehnung
1870-75	Krieg mit Preussen, Verlust Elsass-Lothringens, Sturz NAPOLEONS III. Kommune (1871). Dritte Republik von 1875) bis zur Befreiung Frankreichs durch die Alliierten 1945
1880	6.7.: Der 14. Juli wird durch Gesetz zum französischen Nationalfeiertag
1946-57	Vierte Republik. Verfassung vom 27.10.1946. Wiederaufbau, Bevölkerungsanstieg und Wirtschaftswachstum. Entkolonialisierung Gründung der Europäischen Gemeinschaften, Römische Verträge 1957
1958	Rückkehr General DE GAULLES an die Macht. Reform der Institutionen durch Schaffung einer neuen Verfassung vom 4.10.1958: Fünfte Republik
Deutschland	
1919	6.2.: Zusammentritt der verfassungsgebenden Versammlung in Weimar
	31.7.: Annahme der Weimarer Reichsverfassung
1923	Französische Besetzung des Ruhrgebiets
1925-34	Hindenburg Reichspräsident
1926	Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund
1933	30.1.: HITLER wird Reichskanzler
	27.2.: Reichstagsbrand
1934	2.8.: Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten nach dem Tod HINDENBURGS
1939-45	Zweiter Weltkrieg
1945	4.6.: Supreme Authority der Alliierten in Deutschland
1945-48	Neuschaffung der Länder, Abstimmungen über Verfassung
1948-49	Ausarbeitung und Annahme des Grundgesetzes der BRD und der Verfassung der DDR
1961	Bau der Berliner Mauer
1968	Zweite Verfassung der DDR
1972	Grundlagenvertrag BRD-DDR
1989	18.10.: Rücktritt HONECKERS nach Protesten und Fluchtbewegungen aus der DDR
	9.11.: Fall der Berliner Mauer
1990	18.3.: Volkskammerwahl
	3.10.: Beitritt der DDR zur BRD tritt in Kraft